

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Frank Schäffler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/17652–**

### Teilabschaffung des Münzgeldes

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Auf der Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses (Economic und Financial Committee, EFC) am 6. Februar 2020 wurde unter Tagungsordnungspunkt 8 (EUFIN 57/2020) „coin issues“ beraten. Ende Januar 2020 berichtete die „Süddeutsche Zeitung“, die Europäische Kommission wolle auf die Abschaffung der 1 Cent- und 2 Cent-Münzen hinarbeiten (<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ein-cent-kupfergeld-abschaffen-1.4773673>). Letztlich fand der Vorschlag für „einheitliche Rundungsregeln“ mit dem möglichen Ziel der Abschaffung von 1 Cent- und 2 Cent-Münzen über den Anhang II (COM(2020) 37 final – Annexes 1 bis 5) in das Arbeitsprogramm der Kommission für 2020 „Eine Union, die mehr erreichen will“ (COM(2020) 37 final). In Nummer 34 des genannten Anhangs II heißt es: „Evaluierung der Verwendung von 1Cent- und 2Cent-Münzen und der möglichen Einführung gemeinsamer Rundungsregeln. Ein möglicher Vorschlag würde gemeinsame Rundungsregeln einführen, um Nachteilen der Verwendung von 1Cent- und 2Cent-Münzen zu begegnen. (legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Artikel 133 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), Q4/2020)“.

Nach einer vom ECON-Ausschuss erfragten und im Dezember 2019 vorgelegten Studie werden zwar weltweit im Durchschnitt noch 26 Prozent der Transaktionen mit Bargeld durchgeführt, während der Anteil der Bargeldtransaktionen in Deutschland mit 70 Prozent auch aktuell deutlich höher liegt ([https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2019/642364/IPOL\\_STU\(2019\)642364\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2019/642364/IPOL_STU(2019)642364_EN.pdf)).

1. Hat die Bundesregierung an einem Seminar des Euro Coin Subcommittee (ECSC) „The Future of Cash“ teilgenommen, und wenn ja, welche Vertreter der Bundesregierung haben daran teilgenommen?

Ja, ein Referent des Bundesministeriums der Finanzen hat teilgenommen.

- a) Wenn ja, welche Teilnehmer von welchen anderen Institutionen usw. haben nach Kenntnis der Bundesregierung ebenso daran teilgenommen?

Ein Vertreter der Deutschen Bundesbank hat ebenso teilgenommen.

- b) Wenn ja, zu welchem Schluss ist das Seminar im Hinblick auf die Zukunft des Bargeldes, insbesondere auch im Hinblick auf eine potentielle Abschaffung der 1 Cent- und 2 Cent-Münzen gekommen?

Das Seminar ist zu keinem Schluss gekommen. Es gab lediglich Präsentationen.

- c) Wenn ja, welche Position haben die Vertreter der Bundesregierung hierzu eingenommen?

Der Vertreter der Bundesregierung hat keine Position eingenommen.

2. Hat die Kommission in der Sitzung des EFC am 6. Februar 2020 ihre Vorstellungen zu den einheitlichen Rundungsregeln bzw. zur möglichen Abschaffung der 1 Cent- und 2 Cent-Münzen vorgestellt?
- a) Wenn ja, welche Position hat die Kommission konkret eingenommen?
- b) Wenn ja, mit welchen Argumenten hat die Kommission ihre Position begründet?
3. Welche Position hat der Vorsitz des ECSC in der Sitzung des EFC am 6. Februar 2020 vertreten?
- a) Mit welchen Argumenten hat der Vorsitz für die Beibehaltung oder die Abschaffung der 1 Cent- und 2 Cent-Münzen geworben?
- b) Welche Maßnahmen sind in der Vergangenheit ergriffen worden bzw. werden künftig nach Kenntnis der Bundesregierung ergriffen, um auf Münzfälschungen zu reagieren?
- Hat das ECSC hierzu einen Maßnahmenplan erstellt, und wenn ja, wie sieht dieser im Konkreten aus?
4. Haben Mitgliedstaaten in der Sitzung am 6. Februar 2020 ihre Bereitschaft erkennen lassen, die Vorschläge der Kommission zu den einheitlichen Rundungsregeln zu unterstützen?
- a) Wenn ja, wie viele Mitgliedstaaten waren dies?
- b) Wenn ja, welche Mitgliedstaaten waren dies?
- c) Wenn ja, mit welcher Begründung haben diese Mitgliedstaaten ihre Position unterlegt?

Die Fragen 2 bis 4 werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf den Ergebnisbericht des Bundesministeriums der Finanzen über die Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses und der Eurogruppen-Arbeitsgruppe am 6. Februar 2020 verwiesen. Der Bericht wurde dem Europabüro des Deutschen Bundestages am 14. Februar 2020 übermittelt.